

Protokoll Nr. 46

**Sitzung von Donnerstag, 10. September 1992, 17.00 Uhr,
im Grossratssaal im Rathaus**

Vorsitzender: Präsident Mathias Tromp

Anwesend: Felix Adank, Ernst Aebersold, Silvia Aepli, Susi Balsiger, Greti Bangerter, Ursula Begert, Agnes Berger Bertschinger, Fritz Brönnimann, Ueli Brönnimann, Peter Bühler, David Dällenbach, Ruth Dreifuss, Regula Fischer, Erwin Franz, Martin Frick, Sylvia Furrer, Barbara Geiser, Hanspeter Graf, Hans Ulrich Gränicher, Erwin Grossen, Marianne Guyer, Rolf Häberli, Ursula Hirt, Theodor Hofer, Andreas Hofmann, Werner C. Hug, Hans Imesch, Alfred Jordi, Peter Jordi, Heinz Junker, Tobias Kästli, Regula Keller, Monika Kilchör, Jost Koch, Jürg Küffer, Lilo Lauterburg, Leslie Lehmann, Daniel Lerch, Sigisbert Lutz, Anton Maillard, Hans Matter, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Peter Möri, Otto Mosimann, Gertrud Muff, Andreas Nacht, Werner Pauli, Jürg Perrelet, Marcel Piccolo, Tito Rampa, Heidi Reist, Peter Rub, Simon Ryser, Isabella Schenkel, Werner Scherz, Heidi Schmocker, Rudolph Schweizer, André Seydoux, Franco Sommaruga, Eduard Sommer, Franziska Stalder, Heinz Stöckli, Max Suter, Luzius Theiler, Hans-Rudolf Thomet, Hans Tschirren, Giuliana von Fellenberg, Ulrich von Niederhäusern, René Zimmermann, Hans Zwahlen

Entschuldigt: Oskar Balsiger, Peter Balz, Brigitte Bolli Jost, Andreas Bossert, Theres Giger, Irène Marti Anliker, Ursula Rudin, Margaretha Stauffer

Vertretung des Gemeinderats:
Stadtpräsident Werner Bircher,
Gemeinderäte Marco Albisetti, Josef Bossart, Joy Matter,
Alfred Neukomm, Marc-Roland Peter

Entschuldigt: Gemeinderat Klaus Baumgartner

Traktanden

	Antrag Nr.
1. Terrainabtausch mit der Einwohnergemeinde Neuenstadt (Lutz/Bossart)	164
2. Erneuerung der Telefonvermittlungsanlage für die Feuerwehr der Stadt Bern, Beschaffungskredit (von Fellenberg/Albisetti)	140
3. Erneuerung der Telefonzentrale GWB, Kredit (Brönnimann/Neukomm)	141
4. Erneuerung der Personensuchanlage GWB, Kredit (Brönnimann/Neukomm)	151
5. Erneuerung der Gasanlage Bahnhofstrasse, Gemeinde Ostermundigen, Kredit (Lutz/Neukomm)	146
6. Ersatz der Steuerungen der elektrischen Tramweichen der SVB, Kredit (Marti Anliker/Neukomm)	152
7. Alters- und Pflegeheim Schöneegg, Seftigenstrasse 111, Ersatz der Wärmeerzeugungsanlage, Kreditabrechnung (Mosimann/Peter)	121
8. Anschaffung eines interaktiv-grafischen Systems für das Vermessungsamt, Kreditabrechnung (Bühler/Peter)	120
9. Familiengartenareal Jorden-Eymatt, Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren (Zwahlen/Peter)	130
10. Erneuerung der Lichtsignalanlage Hirschengraben Süd mit Strassenanpassungen, Kreditabrechnung (Aebersold/Peter)	132
11. Sanierung von Fussgänger-Gefahrenstellen bei Schulen und auf Schulwegen, Kreditabrechnung (Junker/Peter)	133
12. Lärmschutzmassnahmen an der Standstrasse, Kreditabrechnung (Stöckli/Peter)	119
13. Reglement der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule (BFF Bern), Genehmigung (Seydoux/Matter)	97
14. Postulat David Dällenbach (SP): Für was bezahle ich Steuern? (Bossart)	156
15. Interpellation Andreas Hofmann (SP): Duldet der Gemeinderat die Verletzung des Mietvertrages (hintere Allmend) durch die BEA bern expo? (Bossart)	157
16. Interpellation Andreas Hofmann/Werner Scherz (SP): Soll die Kleine Allmend nun doch zu einem Parkplatz verkommen? (Peter)	113
17. Postulat Anton Maillard (AP): Park and Ride, Einbau im Stadionneubau Wankdorf (Peter)	39
18. Interpellation Luzius Theiler (GPB): Familiengärten an der Stauffacherstrasse (Peter)	56
19. Interpellation Andreas Hofmann (SP): Kein Armeemuseum im Nordquartier. Wie weiter? (Peter)	1

möglich sein, eine solche Informationsbroschüre à la Ghüder-Lexikon abzugeben, was von der Bevölkerung als wichtiger Hinweis empfunden würde. Er möchte das Postulat unterstützen, ist aber mit der Stellungnahme des Gemeinderats nicht einverstanden.

Theodor Hofer (JBFL) findet das Postulat ausserordentlich gut, die Antwort des Gemeinderats jedoch unsinnig. Der Postulant fordert, dass von den Steuern zu den Steuerzahlern ein Bezug geschaffen wird. Den Steuerzahlern soll gezeigt werden, was sie für das Geld erhalten. Die Steuern sind eigentlich eine grosse Unbekannte. Das Anliegen des Postulats muss ernst genommen werden. Es darf nicht einfach abgeschrieben werden.

Finanzdirektor *Josef Bossart* meint, der Postulatstext sei spezifisch auf den Versand der jeweiligen Einzahlungsscheine für die Steuerraten ausgerichtet. Wie in der Stellungnahme erwähnt, erfolgt die Rechnungstellung ab 1993 durch den Kanton. Die Finanzdirektion wollte das Postulat ablehnen, stimmte dann aber der Meinung des Gemeinderats zu. Eine generelle Information kann der Steuerzahler dem Budget entnehmen (Abstimmungsunterlagen). Den Wunsch nach einer kurzen Zusammenfassung im Zusammenhang mit der Budgetabstimmung nimmt der Finanzdirektor zur Kenntnis.

Tobias Kästli (SP) findet, wer der Meinung sei, eine Aufklärung (Informationsblatt) sollte stattfinden, sollte das Postulat überweisen, wer dagegen ist, sollte es ablehnen.

Beschluss

Das Postulat David Dällenbach wird mit 36 : 23 Stimmen überwiesen. Die Stellungnahme des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

15 Interpellation Andreas Hofmann (SP): Duldet der Gemeinderat die Verletzung des Mietvertrages (hintere Allmend) durch die BEA bern expo?

Antrag Nr. 157

Das zum Teil mit Bäumen bepflanzte parkähnliche Gebiet hintere Ausstellungshalle und Eisstadion gehört der Stadt Bern und ist gemäss Nutzungszonenplan als Grünfläche eingetragen. Laut einem Mietvertrag vom 26. 8. 1974 überlässt die Stadt Bern der heutigen BEA bern expo einen Teil dieses Geländes im Umfang von etwa 5 ha zu Ausstellungszwecken. Dazu ein paar Zitate aus dem Vertrag:

- «Für das Einrichten einer Ausstellung sollen höchstens vier Wochen und für das Abräumen drei Wochen vorgesehen werden. In ausserordentlichen Fällen bleibt eine besondere Vereinbarung unter den Parteien vorbehalten.»
- «Es ist der Mieterin untersagt, auf dem Areal stehende Bäume zu beschädigen, zu fällen, Äste zu entfernen oder den Baumbestand sonstwie zu beschädigen.»

Leider müssen wir feststellen, dass insbesondere obige Punkte des Vertrags in den letzten Jahren verletzt wurden und dies von der Stadt offenbar geduldet wird. Dazu kommt der Verdacht, dass die Stadt heute ein ihr gehörendes Gelände während zehn bis zwanzig Wochen pro Jahr fast zum Nulltarif vermietet.

Beispiele:

- Nach Auskunft der Stadtgärtnerei beträgt die vermietete Fläche heute nicht mehr 5 ha, sondern fast 6 ha. Ein Ausmessen der während der BEA umzäunten und auf städtischem Boden liegenden Fläche durch einen privaten Baufachmann hat fast 7 ha (!) ergeben.
- Etwa 10 Wochen (!) vor Beginn der BEA werden jeweils auf der hinteren Allmend die ersten Hallengerüste aufgestellt. Auch beim Abbau der Zelte werden die im Vertrag genannten Fristen seit Jahren verletzt.
- Anlässlich der Volksabstimmung über das Unterbaurecht für die neue Ausstellungshalle vom 27. 9. 1981 lag der Volksbotschaft ein Plan bei, welcher auch die Baumstandorte enthielt. Gemäss diesem Plan müssten in den letzten Jahren etliche Bäume gefällt worden sein. Insbesondere wurde am 28. 3. 1991 in einem Container auf der hinteren Allmend ein Baumstrunk beobachtet. Am 29. 2. 1992 zeigte sich, dass von einer dreistämmigen Robinia einer der Stämme vor kurzem abgesägt worden ist. Ein weiterer Stamm weist erhebliche Verletzungen auf. Bei anderen Bäumen waren gleichzeitig viele Stummel von frisch abgesägten Ästen zu sehen.
- Im Laufe der achtziger Jahre haben sich die Grünflächen zugunsten der immer grösser werdenden Kiesflächen offensichtlich verringert. Im erwähnten Plan von 1981 sind insbesondere zwei baumbestandene «Grüninseln» eingetragen, welche heute nicht mehr existieren.

Diese Beispiele zeigen, wie schwer es die Natur hat, sich gegenüber den konzentrierten wirtschaftlichen Interessen zu behaupten. Die Verantwortung für den Erosionsprozess in einem Naherholungsgebiet liegt freilich bei der Stadt. Nach Auskunft der Stadtgärtnerei liegt heute schon ein Entwurf für einen neuen Mietvertrag vor. Aufgrund der bisherigen schlechten Erfahrungen besteht die Gefahr, dass darin das von der BEA bern expo bisher faktisch «eroberte Gebiet» auch noch de jure preisgegeben wird. Deshalb erlauben wir uns, dem Gemeinderat die folgenden Fragen zu stellen:

1. Sind im von der Stadt vermieteten Gelände seit 1981 Bäume gefällt worden? Wenn ja, wie viele?
2. Sind im gleichen Gebiet seit 1981 Grünflächen reduziert worden? Wenn ja, wie viele m²?
3. Wenn 1. und/oder 2. bejaht werden: Ist der Gemeinderat bereit, auf Kosten der BEA bern expo eine Rückbegrünung vornehmen zu lassen?
4. Welches sind die Grundzüge des vorgesehenen neuen Mietvertrages der Stadt mit der Mieterin? (Fläche, Gesamtdauer der Beanspruchung, Mietzins usw.).
5. Während wie vielen Wochen beansprucht die BEA bern expo das gemietete Gebiet heute pro Jahr? (Inklusive Aufbau- und Abbauarbeiten.)
6. Ist der symbolische Mietzins pro Ausstellungstag von 1974 (Fr. 400.–!) unterdessen auf ein marktübliches Niveau angehoben worden? Wie hoch ist er heute?
7. Ist der BEA bern expo je Rechnung gestellt worden für
 - a) von ihr verursachte irreparable Schäden (z. B. an Bäumen)?
 - b) Arbeiten der Stadtgärtnerei, welche ohne die Nutzung des Geländes zu Ausstellungszwecken nicht nötig gewesen wären (z. B. umfangreiches «Abasten» von Bäumen)? Wenn ja: Wie hoch waren diese Rechnungen?
8. Ist im neuen Mietvertrag auch ein Mietzins für die Beanspruchung des Geländes ausserhalb der eigentlichen Ausstellungszeit (Aufbau bzw. Abbau der Zelte usw.) vorgesehen? Wenn ja, wieviel?
9. Zahlt die BEA bern expo Miete für die exklusiv für sie während der BEA reservierten etwa 550 Rasengitterparkplätze entlang der Papiermühlestrasse? Wenn nein, ist eine solche vorgesehen?
10. In einer Antwort des Gemeinderats vom 18. Mai 1988 auf eine Interpellation Hofmann hat der Gemeinderat für die hintere Allmend ein «Nutzungs- und Gestaltungskonzept» in Aussicht gestellt. Der entsprechende Posten ist denn auch im Investitionsbudget 1989 aufgetaucht, aber in den Investitionsbudgets von 1990 und 1991 gleich wieder verschwunden. Nach der «Wiederauferstehung» im Budget 1992: Wann können wir die Realisierung erwarten, und was beinhaltet sie?

Der «Bericht Berner Allmenden» der Planungsdirektion der Stadt Bern (1974) zeigt, dass die von der Interpellation aufgeworfenen Probleme nicht neu sind. Die folgenden Zitate sprechen für sich:

- «Die Allmend ist eine Grünfläche ohne Einschränkung der allgemeinen Nutzung dienend, auf der weder Einzel- noch Gruppen- oder Wirtschaftsinteressen etwas zu suchen haben.»
- «Diese gesetzlichen Bestimmungen sind Voraussetzungen für die Nutzungsplanung auf der Allmend. Entsprechend den Bestimmungen der heute noch rechtsgültigen Bauordnung dürften auf der hinteren Allmend überhaupt keine Parkplätze zugelassen werden.»

- «Die bisherige Art und Weise der Allmendnutzung muss als verantwortungslos bezeichnet werden ...»

Ein Augenschein heute zeigt, dass wir nicht weitergekommen sind, im Gegenteil: Die Gelegenheiten, die hintere Allmend (als Grünfläche eingezont!) für jede «Hundsverlochete» als Parkplatz zu missbrauchen, häufen sich solange immer mehr, bis daraus ein Dauerzustand geworden ist ...

Bern, 5. März 1992

Antwort des Gemeinderats

Grundsätzliches

Seit dem Bau der Ausstellungshalle gab es in dem von der Stadt vermieteten Gelände auf der hinteren Allmend keine Veränderungen betreffend der Grünflächen und Baumbestände mehr.

Frage 1

Im Rahmen des Unterhalts (Astbruchgefahr, Überalterung) wurden von der Stadtgärtnerei im betreffenden Gebiet 4 Bäume gefällt. Diese wurden jeweils wieder auf dem Gelände ersetzt.

Frage 2

Grundsätzlich nicht. Allfällige Grünflächenreduktionen ergeben sich durch das freie, «wilde» Befahren und Parkieren im Gebiet zwischen dem «Hyspa»-Platz und den Ausstellungshallen.

Frage 3

Eine Antwort erübrigt sich, da grundsätzlich keine Reduktion erfolgte.

Frage 4

Der neue Mietvertrag liegt erst im Entwurf vor und beinhaltet eine längere Vertragsdauer. Er umfasst eine Fläche von total etwa 60 000 m². Dies entspricht einer Flächenzunahme von etwa 10 000 m² seit dem Jahre 1974. Die erwähnte Gesamtfläche wird während 14 Wochen teilweise beansprucht.

Über weitere Einzelheiten des Mietvertrages mit einem Dritten kann im übrigen auch dem Interpellanten aus präjudiziellen Gründen keine Auskunft erteilt werden.

Frage 5

Die BEA beansprucht das Gelände pro Jahr (inkl. Aufbau- und Abbrucharbeiten) im Durchschnitt 14 Wochen, jedoch nicht immer im vollen Umfange und darf beispielsweise auf dem kürzlich sanierten «Hyspa»-Sportplatz

keine Bauten (Zelte usw.) mehr errichten. Der «Hyspa»-Platz kann lediglich während der eigentlichen Ausstellungsdauer nicht frei benützt werden. Während der Aufbau- und Abbauphase muss er voll verfügbar sein.

Frage 6

Der vom Interpellanten genannte Mietzins pro Ausstellungstag ist zwischenzeitlich erhöht worden. Im übrigen verweisen wir auf unsere Ausführung zu Frage Nr. 4 hievor.

Frage 7

- a) Da die von der Ausstellung betroffenen Anlagen jeweils nach der Ausstellung gemäss den Anweisungen der Stadtgärtnerei durch eine private Gartenbaufirma instand gestellt wurden, erfolgt die Rechnungstellung privat. Dabei werden auch neue Absperrungen erstellt und die Kieswege saniert. Die Kosten gehen ganz zu Lasten der BEA bern expo.
- b) Die Stadtgärtnerei leistet keinen ausserordentlichen Unterhaltsdienst, sondern beschränkt ihren Einsatz auf das Normale. Dabei werden Bäume wie in allen andern Anlagen von der Stadtgärtnerei im üblichen Pflegerhythmus unterhalten, wobei nebst dem Pflegeschnitt auch zu tief angewachsene oder hängende Äste entfernt werden. Es gibt daher keine Veranlassung, der BEA bern expo dafür Rechnung zu stellen.

Frage 8

Im Mietzins ist die Beanspruchung des Geländes während der Aufbau- und Abräumphase inbegriffen.

Frage 9

Die BEA bern expo bezahlt für die Rasengitterparkplätze entlang der Papiermühlestrasse keinen Mietzins, denn diese Anlage ist seinerzeit im Einvernehmen mit der Stadt auf Kosten der BEA bern expo erstellt worden.

Frage 10

Aus finanziellen Gründen musste das Vorhaben gestrichen werden. Der Realisierungstermin ist noch offen. Festgelegt ist lediglich das Nutzungskonzept. Es umfasst im einzelnen folgende Massnahmen:

- 1. «Hyspa»-Platz (Sportplatz): Sanierung und Festlegung der Nutzungsprioritäten.
- 2. Baumbeständiges Gelände zwischen «Hyspa»-Platz und Ausstellungshallen: Projektierung von Baumschutzmassnahmen, gestalterische Verbesserungen und Befreiung vom «wildem» Fahrverkehr mittels gestalterischen und technischen Massnahmen.
- 3. Standortstudie für eine öffentliche WC-Anlage mit Materialräumen für den Allmend-Sportbetrieb.

4. Neubegrenzung des Perimeters für das Ausstellungsgelände und Neuregelung des Vertrages mit der BEA bern expo zur optimalen öffentlichen Allmendnutzung und zur Erfüllung der Bedürfnisse des Ausstellungsbetriebes.

Die Sanierung des «Hyspa»-Platzes ist bereits abgeschlossen. Der Realisierungszeitpunkt für die weiteren Bearbeitungsschritte ist noch offen.

– Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion. –

Andreas Hofmann (SP) verweist auf die Ausführungen in der Interpellation, wonach die BEA bern expo den Mietvertrag in den letzten Jahren nicht mehr eingehalten hat. In der gemeinderätlichen Antwort wird diese Behauptung nicht widerlegt. Der Antwort kann auch entnommen werden, dass diese Vertragsverletzungen mit dem neuen Mietvertrag wahrscheinlich sanktioniert werden. Es wird indirekt auch bestätigt, dass die heutige städtische Fläche auf der hintern Allmend 6 ha beträgt. Im Mietvertrag von 1974 werden 5 ha genannt. 1988 erhielt der Sprechende auf die gleiche Frage folgende Antwort: «Seit dem Konzept 1974, auf das später noch hingewiesen wird, ist das von der BEA beanspruchte Areal nicht vergrössert worden. ... Eine Erweiterung des BEA-Areals ist auch in Zukunft nicht geplant.» Das heisst, der Interpellant erhielt demnach 1988 eine falsche Antwort. – Andreas Hofmann protestiert gegen das Verschweigen des neuen Mietzinses. Wie steht es um die Verwaltungskontrollaufgabe des Stadtrats? Wahrscheinlich wird der Mietzins symbolisch tief angesetzt. – Die 550 Rasengitterparkplätze entlang der Papiermühlestrasse sind gemäss Antwort des Gemeinderats seinerzeit auf Kosten der BEA erstellt worden, und es wird dafür kein Mietzins verlangt. Das Gelände gehört aber der Stadt. Kann sie es sich leisten, dieses Gelände gratis zum Parkieren zur Verfügung zu stellen? Die BEA ihrerseits verlangt den Ausstellern für diese Parkplätze Miete. Diese Miete muss nach Meinung des Interpellanten der Stadt bezahlt werden. Andreas Hofmann ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Ernst Aebersold (FDP) findet, der Interpellant wolle mit seinem Vorstoss demonstrieren, dass er gegen die BEA ist. Die meisten Bewohner des Nordquartiers sind nicht derselben Meinung. Das Votum Andreas Hofmann bezeichnet der Sprechende als wirtschaftsfeindlich. Wir brauchen das Gewerbe ebenso wie die Sozialdienste, den Breitschträff usw.

Fritz Brönnimann (GPB) ist auch aufgefallen, wie sich der Gemeinderat um eine klarere Antwort auf die Interpellation drückt, z.B.: «Es hat grundsätzlich keine Reduktion der Grünflächen stattgefunden.» Was bedeutet «grundsätzlich» in diesem Fall? Die Stadt Bern misst im Umgang mit der BEA bern

expo mit andern Ellen in bezug auf die Miete, auf die Verrechnung anfallender Kosten usw. als beispielsweise bei der «Berner Fasnacht». Die der Stadt im Zusammenhang mit der BEA anfallenden Kosten müssen auch entsprechend verrechnet werden.

Finanzdirektor *Josef Bossart* erklärt, diese Interpellation betreffe drei städtische Direktionen. Die meisten Fragen der Interpellation haben mit dem Mietvertrag mit der BEA nichts zu tun. Er versichert, dass im neuen Mietvertrag einiges mehr festgelegt wird als im alten. Bei der Schulzahnklinik (Höhe der Miete genannt) lag der Fall anders (Mietvertrag nur möglich, wenn Kredit bewilligt wird). Die Höhe der Mieten müssen nicht öffentlich bekanntgegeben werden (Datenschutz). GPK-Mitglieder können aber Einsicht verlangen.

16

**Interpellation Andreas Hofmann/Werner Scherz (SP):
Soll die Kleine Allmend nun doch zu einem Parkplatz verkommen?**

Antrag Nr. 113

Vor rund elf Jahren wurde eine Motion Käsermann (SP) überwiesen, welche eine Vorlage über die «Gestaltung, Nutzung und Betreuung der Kleinen Allmend» verlangte. Gemäss «Bund» vom 25. 11. 1985 hat dann der Gemeinderat einen Kredit von Fr. 115 000.– gesprochen, um die Kleine Allmend insbesondere «wasserundurchlässiger» zu machen. Im Sommer 1986 stellte die Stadtgärtnerei an einer Versammlung im Burgfeldquartier ihr Projekt vor: Kernstück dieser Arbeit war ein Allwetterparkplatz für 3450 Autos, was mit der Drainage eines grossen Teils der Kleinen Allmend erreicht werden sollte. Im Motionstext von Stadtrat Käsermann stand zwar kein Wort von einem Ausbau der Parkiermöglichkeiten, im Gegenteil: Der Missbrauch dieser Grünfläche zu Parkierzwecken wurde darin sogar beklagt. Trotzdem verkaufte der Gemeinderat diese 5 Mio. Franken kostende Anwohnerfalle als Erfüllung der Motion Käsermann. Zum Gewinnen der Anwohner war die im Projekt enthaltene parkähnliche Gestaltung des östlichen Teils der Kleinen Allmend gedacht.

In der Folge bildete sich ein aus 14 Organisationen bestehendes «Komitee für eine autofreie Allmend» (vgl. Schwarzbuch Nordquartier, S. 10), welches vor allem die geplanten Allwetterparkplätze heftig bekämpfte. In einem ausführlichen Brief vom 4. Februar 1987 an den Gemeinderat drückte das Komitee seine Besorgnis aus und formulierte seine Gegenvorschläge. Da keine Antwort eintraf, doppelte es mit einem offenen Brief an den Gemeinderat nach, in welchem auch der Missbrauch der *Grossen*

342

Allmend zu Parkierzwecken beklagt wurde. Mit einer Eingangsbestätigung vom 3. 2. 1988 vertröstete der Gemeinderat das Komitee auf die Antwort auf eine Interpellation Hofmann «Auswirkungen des Messeplatzes auf die Allmend als Naherholungsgebiet und auf die Lebensqualität der Bevölkerung des Nordquartiers». Mit dieser Antwort konnte das Komitee freilich nicht viel anfangen, da weder in ihr noch in der erwähnten Interpellation von der *Kleinen Allmend* die Rede war.

An einer weiteren Versammlung im Burgfeld stellte die Stadtgärtnerei im Mai 1988 ein redimensioniertes Projekt für die Kleine Allmend vor, worin auf die umstrittene Drainage verzichtet wurde. Leider dauerte die Freude der Komiteemitglieder über diese positive Entwicklung nicht sehr lang: In einem Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat vom 23. Januar 1991 mit dem Titel «Verkehrsmassnahmen im Nordquartier» war unter «Weitere Entlastungsmassnahmen» folgendes aufgeführt: «Umgestaltung der Kleinen Allmend für die witterungsunabhängige Parkierung bei einer beschränkten Zahl von Grossanlässen».

Obige Darlegungen zeigen, dass der Gemeinderat mit seiner mindestens zweifachen Planungskehrtwende im Spannungsfeld Kleine Allmend (Anwohnerinteressen kontra Wirtschaftsinteressen) bisher recht hilflos reagiert hat. Dazu kommt die Nichterfüllung einer Motion während etwa 11 Jahren und die Informationsverweigerung gegenüber dem Komitee für eine autofreie Allmend während 5 Jahren. Aus allen diesen Gründen bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Gemeinderat immer noch der Ansicht, das Komitee für eine autofreie Allmend hätte auf seinen Brief vom 4. 2. 1987 (ausschliesslich die *Kleine Allmend* betreffend) je eine Antwort erhalten?
2. Weshalb wurde das Wiedereinschwenken auf die ursprüngliche Absicht, die Kleine Allmend einer Drainage zu unterwerfen, weder dem Komitee noch den Anwohnern mitgeteilt?
3. Würde eine Drainage der als Grünfläche im Nutzungszonenplan eingetragenen Kleinen Allmend nicht der Zonenordnung widersprechen? Wenn nein, an wie vielen Tagen pro Jahr dürfte diese Grünfläche maximal zum Parkieren benützt werden, ohne die zulässige Nutzung zu überschreiten?
4. Hängt das in 2. erwähnte Zurückkommen auf die Drainageabsicht mit einer Intervention von BEA-Direktor Karl Bürki zusammen, welcher gemäss BZ vom 6. 5. 1991 «aktiv werden will, um die Kleine Allmend zu einem Allwetterparkplatz zu machen»?
5. Was beinhaltet das im Verwaltungsbericht 1990 (Anhang S. 21) erwähnte «neue Gestaltungs-, Nutzungs- und Betreuungskonzept» für die Kleine Allmend?
6. Was ist im an der gleichen Stelle im Verwaltungsbericht enthaltenen «Projekt» enthalten? Uns interessieren dabei vor allem die folgenden

- Punkte: a) Drainage für wie viele Parkplätze? b) Wie viele Rasengitterstein-Parkplätze? c) Fussballplatz und/oder Hartplatz? (Vgl. Sportstättenplanung 1991, S. 27) d) Sind zusätzliche Familiengärten geplant? (Evtl. Kompensation für wegfallende Gärten auf dem Schlachthofareal?) e) Wie steht es mit der ursprünglich geplanten parkähnlichen Gestaltung der Kleinen Allmend auf der Ostseite? f) Wie hoch wären die Kosten bei einer Realisierung? Voraussichtlicher Realisierungszeitpunkt?
7. Wäre mit dem unter 6 genannten Projekt die Motion Käsermann erfüllt?
8. Wurde dem Stadtrat nach der am 28. 4. 1983 bewilligten Fristerstreckung (bis Ende 1985) je eine weitere Fristerstreckung beantragt? Wenn ja, wann? Wenn nein, weshalb nicht?

Bern, 16. Januar 1992

Antwort des Gemeinderats

A. Einleitung

Die Kleine Allmend ist im Nutzungszonenplan der Stadt Bern als Grünfläche bezeichnet. Sie wird zurzeit wie folgt genutzt:

- für Trainings- und Kleinanlässe an Abenden (z. B. Hornussen, Hundelerziehung)
- für Übungen und Sport/Spiele (Pfadfinder, Armbrustschützen, Ballspielgruppen)
- an zwei Sonntagen im Sommer für grössere Anlässe
- für Übungsritte (Empfa)
- für militärische Übungen
- als Familiengartenareal (Teilfläche)
- als Parkplatz bei Grossanlässen im Gebiet Wankdorf/Grosse Allmend (Ausstellungen, Cupfinal usw.); Voraussetzung: trockene Witterung

B. Der Problembereich Parkierung

Die Kleine Allmend wird an rund 30 Tagen pro Jahr bei trockenem Wetter als Parkfläche für max. rund 4500 Motorfahrzeuge benützt. Diese Art Nutzung einer Grünfläche ist an sich nicht ideal, aber sie drängt sich auf, weil anders der grosse Parkierungsdruck bei speziellen Grossanlässen im Gebiet Wankdorf/Allmend kaum aufgefangen werden kann. Trotz Dauerappellen in den Medien (insbesondere am Radio, in den Zeitungen und amtlichen Publikationsorganen), das Auto zu Hause zu lassen, benützen nach wie vor viele BesucherInnen dieser Anlässe für die Anreise nicht die öffentlichen Verkehrsmittel. Ohne Einweisung der Autos in reservierte Parkflächen – zu denen eben notfalls auch die Kleine Allmend gehört – ergösse sich ein grosser Teil des Parkierverkehrs in die Wohnquartiere der

näheren und weiteren Umgebung – mit den bekannten negativen Folgen. In den letzten fünf Jahren wurde mit teilweise gutem Erfolg versucht, den AutomobilistInnen Parkräume am Stadtrand zur Verfügung zu stellen und sie dann mit Pendelbussen an ihr Ziel (Ausstellung usw.) im Gebiet Wankdorf/Allmend zu bringen. Leider sind aber diese peripheren Parkflächen in der Regel nicht längerfristig verfügbar: In den letzten drei Jahren gingen rund 3000 temporäre Abstellplätze wieder verloren, weil der betreffende Strassenraum (Fahrbahnränder) anderweitig genutzt werden musste, z. B. für das Trasse neuer Buslinien oder für Radstreifen/Velowege. Zudem sind auch der Kanton und die Agglomerationsgemeinden je länger desto weniger bereit, auf ihren Strassen Verkehrserschwerisse in Kauf zu nehmen, wie sie z. B. aus der vorübergehenden Parkierung an Fahrbahnrändern entstehen. Die Stadtpolizei ist deshalb mehr denn je darauf angewiesen, bei Grossanlässen im Bereich der Grossen und Kleinen Allmend zeitlich und flächenmässig beschränkt Parkplätze anbieten zu können.

C. Verkehrsmassnahmen im Nordquartier

Anfang 1991 hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Präsidialdirektion (Leitung), der Polizeidirektion (Stadtpolizei, Verkehrsinспекtorat), der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion (AfUL), der Planungs- und Baudirektion (Stadtplanungsamt, Stadtgärtnerei) sowie der Direktion der Stadtbetriebe (SVB) beauftragt, für das Nordquartier weitere Massnahmen zur Verkehrsentslastung zu erarbeiten. Von dieser Arbeitsgruppe wird auch die Nutzungsproblematik der Kleinen Allmend untersucht. Ein erster Zwischenbericht mit einem Parkraumkonzept wird demnächst vorliegen.

D. Zu den Fragen im einzelnen

1. Materiell ist der Brief des Komitees für eine autofreie Allmend bisher tatsächlich nicht beantwortet worden, weil die komplexen Fragen und Probleme im Zusammenhang mit der Gestaltung, Nutzung und Betreuung der Kleinen Allmend nicht endgültig und vollumfänglich geklärt werden konnten. Dem Komitee wurde in diesem Sinne geschrieben. In seinen Antworten auf verschiedene parlamentarische Vorstösse hat der Gemeinderat immerhin mehrmals zu Einzelfragen betr. Grosse und Kleine Allmend Stellung genommen.
2. Einen Entscheid betr. «Wiedereinschwenken auf die ursprüngliche Absicht, die Kleine Allmend einer Drainage zu unterwerfen», gibt es nicht. Zwar liegt heute ein Konzept für die Nutzung, Gestaltung und Betreuung der Kleinen Allmend gemäss Motion Käsermann vor, doch wurde dieses Vorhaben aus finanziellen Gründen und mit Rücksicht auf die in Sachen Schermenweg laufenden Verhandlungen mit der Nachbargemeinde Ostermundigen vorerst nicht mehr weiterverfolgt.

3. Gewisse Nutzungen der als Grünfläche eingezonten Kleinen Allmend können nur mittels Ausnahmegewilligungen oder im Planerlassverfahren realisiert werden. Für eine Drainage würde es keine Ausnahmegewilligung brauchen. Hingegen wäre eine solche erforderlich für das Erstellen von Rasengitterparkplätzen und für die Nutzung der Kleinen Allmend als Fahrzeugabstellfläche bei Grossveranstaltungen. Die auf der Kleinen Allmend zur Verfügung stehende Fahrzeugabstellfläche für Grossveranstaltungen dürfte während maximal 36 Tagen pro Jahr benützt werden.
4. Nein. Nutzungsüberlagerungen und -konflikte auf der Kleinen Allmend sind ein komplexes Problem, das nur zum Teil mit der BEA zusammenhängt.
5. Das Konzept für die Kleine Allmend basiert auf folgenden Grundideen:
 - Der Grünzug Rosengarten–Schermenwald wird im Bereich Kleine Allmend erhalten und verbessert.
 - Die ganze Kleine Allmend muss grundsätzlich frei zugänglich bleiben.
 - Die Kleine Allmend nimmt übergeordnete Fussgängerbeziehungen auf.
 - Die Kleine Allmend wird so gestaltet, dass die heutigen Nutzungen beibehalten werden können.
 - Das Nutzungs- und Gestaltungskonzept berücksichtigt die Parkplatzbedürfnisse bei Grossanlässen im Gebiet Wankdorf–Allmend.
 - Ein Teil der gefährdeten Familiengärten im Quartier soll auf die Kleine Allmend verlegt werden können.
 - Für den «Sport für alle» und für den Vereinssport werden in beschränktem Umfang Einrichtungen bereitgestellt.
6. Die wichtigsten Merkmale des Gestaltungsprojekts für die Kleine Allmend:
 - Ähnliche Gestaltung wie bei der Grossen Allmend
 - Bepflanzter Hügel entlang dem Schermenweg und im untern Teil der Mittelholzerstrasse als Immissionsschutz für das Quartier
 - Kleinere Hügel für Zwecke der militärischen Ausbildung
 - Das bestehende Familiengartenareal (68 Parzellen) wird erhalten und Richtung Schermenweg sowie entlang dem Zentweg erweitert.
 - Entlang dem Zentweg sind weiter vorgesehen: ein Allwetterplatz, ein Rasenspielfeld sowie ein Rasengitterparkplatz.
 - Im Zentrum der Kleinen Allmend entsteht eine grosse Rasenfläche für Ballspiele, Hornussen usw.; der Bodenaufbau wird so gewählt, dass die Fläche bei speziellen Grossanlässen als Parkplatz (rund 3000 Abstellplätze) genutzt werden kann
 - a) für etwa 3000 temporär genutzte Parkplätze (siehe oben)
 - b) 153 Rasengitterparkplätze
 - c) Rasenspielfeld etwa 100 x 68 m und Allwetterplatz mit Naturbelag (etwa 65 x 35 m)

- d) Zusätzlich können etwa 45 Gartenparzellen geschaffen werden.
- e) Der parkähnliche Teil besteht aus dem bepflanzten Hügel (siehe oben) und einem für vielfältige Nutzungen (Spiele, Sitzgelegenheiten, Feuerstellen usw.) gestalteten Innenraum.
- f) Der Kostenvoranschlag für das Gestaltungsprojekt datiert vom 20. März 1987; er sieht einen Gesamtaufwand von Fr. 4 897 000.– vor. Die Realisierung wurde aus finanziellen Gründen bisher zurückgestellt. Ein Termin kann auch heute nicht genannt werden.
- 7. Die Motion Käsermann würde mit der Ausführung des beschriebenen Projekts erfüllt.
- 8. Eine weitere Fristerstreckung für die Motion Käsermann wurde nicht beantragt. Diese Unterlassung lässt sich wie folgt begründen:
 - Der Gemeinderat nahm im Stadtrat seit 1987 mehrmals Stellung zu Einzelfragen im Zusammenhang mit der Nutzung, Gestaltung und Betreuung der Kleinen Allmend. Ausserdem wurde über den Stand der Bemühungen zur Erfüllung der Motion Käsermann jedes Jahr im Verwaltungsbericht orientiert.
 - Zurzeit harren mehrere Dutzend parlamentarische Vorstösse der Erledigung, für welche die vorgesehene Frist abgelaufen ist. Für den Gemeinderat und die Verwaltung *und* für den Stadtrat ist die rechtzeitige Behandlung und Erfüllung von parlamentarischen Vorstössen zunehmend ein fast unlösbares Kapazitätsproblem.

Diese Feststellungen sollen nicht als Ausreden für ein tatsächliches Versäumnis verstanden werden. Die Interpellanten mögen sie vielmehr als Erklärung dafür nehmen, dass Verwaltung und Gemeinderat bei der Suche nach Lösungen für die Kleine Allmend ihre Priorität weniger bei Formalitäten als vielmehr bei der Erarbeitung eines realisierbaren Konzepts gesetzt haben.

– Auf Antrag der Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion. –

Andreas Hofmann (SP) findet, die Antwort des Gemeinderats bedeute ein Ja zum Titel der Interpellation. Was beinhaltet der in der Antwort zur Frage 6 genannte Bodenaufbau (Nutzung als Parkplatz)? Drainage oder nicht? Wenn mit Bodenaufbau eine Drainage gemeint ist, betreibt der Gemeinderat eine Zickzackpolitik. *Andreas Hofmann* ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Werner Scherz (SP) verweist darauf, dass für 120 000 Franken ein Projekt ausgearbeitet worden, auf der Kleinen Allmend aber nichts geschehen ist. Der Sprechende fordert den Gemeinderat auf, endlich einmal die Laufgraben des Militärs zuzuschütten, damit eine grosse grüne Fläche entsteht und am Schermenweg Bäume zu pflanzen. Gegen eine Zubetonierung der

Kleinen Allmend werden sich die Bewohner des Burgfeldes mit Händen und Füssen wehren. – Auch Werner Scherz ist von der gemeinderätlichen Antwort nicht befriedigt.

Ernst Aebersold (FDP) betont, die Bewohner des Nordquartiers verlangten, dass in Sachen Kleine Allmend endlich etwas geschehe, damit sie auch in Regenzeiten benützt werden kann. Auch der Leiest des Nordquartiers setzt sich für eine Verkehrsberuhigung ein. Der Bodenaufbau sollte endlich ausgeführt werden, damit ein Teil der Kleinen Allmend als Parkplatz für Grossanlässe benützt werden kann.

Auch *Felix Adank* (GPB) hat geglaubt, dass eine Drainage nicht mehr zur Diskussion steht. Diese Zickzackpolitik des Gemeinderats in Sachen Kleine Allmend ist schlimm. Er sieht nicht ein, weshalb der Gemeinderat hier das Parkplatzangebot aufrechterhalten will. Der Parkierungsdruck wird immer gross bleiben, auch wenn hier weitere Parkplätze geschaffen werden. Besucher von Grossanlässen müssen gezwungen werden, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Andere Veranstaltungen zeigen, dass dies möglich ist. Die Nordquartierbewohner haben es satt, als Kehrichtkübel der Stadt bei Grossanlässen zu dienen. Seiner Meinung nach muss ein künftiger Gemeinderat (hoffentlich ein rot-grüner) die Kleine Allmend ganz konsequent ihrer ursprünglichen Nutzung zuführen.

Andreas Hofmann (SP) betont, dieses Naherholungsgebiet dürfe nicht kaputt gemacht werden. Er bezeichnet dieses Parkplatzangebot als fahrlässige Förderung der Luftverschmutzung.

**17 Postulat Anton Maillard (AP):
 Park and Ride, Einbau im Stadionneubau Wankdorf**

Antrag Nr. 39

Am 7. Dezember 1990 wurde im «Bund» das neue Stadionprojekt Wankdorf vorgestellt.

Ein imposantes und allen Ansprüchen gerecht werdendes Bauwerk mit 37 000 Sitzplätzen soll entstehen. Ferner will man im Neubau Raum für rund 1000 Arbeitsplätze schaffen.

Mit Zugang von der Papiermühlestrasse her soll im Stadionneubau ferner ein Parkhaus mit lediglich 124 Abstellplätzen entstehen. In Anbetracht, dass durch die günstig gelegene Einfahrt die Anwohner der Strassenzüge «hinter» dem Stadion (Seite Sempachstrasse) von Verkehrsimmissionen entlastet würden, drängt sich die Frage nach einem dortigen Park and Ride geradezu auf.